
FDP Limburg-Weilburg

GESPRÄCHE MIT KREISHANDWERKERSCHAFT

05.07.2017

R. RUPPERT / SCHARDT-SAUER / MÜLLER ZU DEN GESPRÄCHEN MIT KREISHANDWERKERSCHAFT LIMBURG- WEILBURG

Limburg - Gemeinsam mit der FDP-Kreisvorsitzenden Marion Schardt-Sauer und dem FDP-Bundestagskandidaten Alexander Müller besuchte der Vorsitzende der hessischen Freidemokraten Dr. Stefan Ruppert, selbst auch Bundestagskandidat für den Oberlahnkreis, die Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg, um sich über die Erwartungen der Handwerker an die Politik zu informieren. Seitens der Limburger Handwerkerschaft nahmen Geschäftsführer Stefan Laßmann, Kreishandwerksmeister Wolfram Uhe, der stellvertretende Kreishandwerksmeister Matthias Preis sowie Hartmut Bördner, Obermeister der Bauhandwerks-Innung Limburg-Weilburg teil. Im Anschluss an das Gespräch erklärte Dr. Ruppert: „Die Freien Demokraten danken der Limburger Kreishandwerkerschaft für den offenen und informativen Erfahrungs- und Gedankenaustausch, da für uns die Erwartungen des Handwerks an die politischen Parteien einen besonderen Stellenwert haben. Denn die Handwerksbetriebe bilden gemeinsam mit den mittelständischen Unternehmen das Rückgrat der hessischen Wirtschaft. Im Dialog mit den Handwerkern und ihren Verbänden wollen wir daher die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die Handwerksunternehmen in unserem Land schaffen. Entsprechend nehmen wir auch den Hinweis der Limburger Handwerker sehr ernst, dass es für viele Betriebe aus der Branche aktuell eine große Herausforderung darstellt, geeignete Auszubildende und Nachwuchskräfte zu finden. Aus diesem Grund halten wir es für notwendig, stärker für die vielfältigen Berufsbilder des Handwerks und die hervorragenden beruflichen Perspektiven zu werben und gezielt Kooperationen zwischen

Schulen und Betrieben zu ermöglichen.“

Dr. Ruppert betonte, dass Handwerksbetriebe gerade in Hessen und in der Region Limburg nicht nur als Arbeitsgeber, sondern auch als Ausbilder eine besondere Verantwortung tragen: „Das hessische Handwerk hat nach wie vor eine hohe Ausbildungsquote und stellt damit nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere Wirtschaftsbereiche in Industrie, Handel und Dienstleistungen qualifizierten Nachwuchs bereit. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften trifft aber inzwischen auch das Handwerk. Daher plädieren wir auch im Sinne der in der Limburger Region ansässigen Unternehmen dafür, dass qualifizierte Facharbeiter und Auszubildende im Rahmen eines Punktesystems künftig nach Deutschland einwandern können. Da Deutschland und Hessen im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe aktuell nur unzureichend aufgestellt sind, stellt ein liberales Einwanderungsgesetz eine unserer zentralen Forderung für den anstehenden Bundestagswahlkampf dar.“

Marion Schardt-Sauer pflichtete den Limburger Handwerkern bei, dass die angekündigten Maßnahmen des Luftreinhalteplans gefährliche Beeinträchtigungen bedeuten könnten. Die Vorsitzende der FDP-Fraktion im Limburger Stadtparlament erklärte: „Gerade für das Handwerk sind verherrende Folgen zu befürchten, wenn Betriebe durch die neuen Regelungen gezwungen sein sollten, sich neue Fahrzeuge anzuschaffen, da sie mit den bisherigen, einwandfrei funktionstüchtigen Fahrzeugen nicht mehr ihre Arbeit erledigen können. Viele Handwerker werden durch diese verfehlte Umweltpolitik letztlich vor existenzielle Probleme gestellt. Die Freien Demokraten werden sich auf allen politischen Ebenen gegen eine derartigen Wettbewerbsnachteil für diese wichtige Branche stark machen.“

FDP-Bundestagskandidat Alexander Müller hob die Bedeutung der Infrastruktur als zentraler Standortfaktor auch für das Handwerk hervor. Dass wichtige und längst überfällige Infrastrukturmaßnahmen für den Landkreis seitens der schwarz-grünen Landesregierung nicht konsequent umgesetzt werden, sei gerade angesichts von Rekordsteuereinnahmen nicht hinnehmbar. „Wir stimmen der Kritik der Limburger Kreishandwerkerschaft bezüglich des schlechten Zustands vieler Straßen in der Region zu. Vor diesem Hintergrund ist es vollkommen unverständlich, dass die Mittel für die Planung der Straßen nicht kräftig aufgestockt werden, sondern stattdessen unter grüner Ressortverantwortung im Verkehrsministerium bloß ideologische Stagnation herrscht. Die

versprochene „Sanierungsoffensive“ existiert bestenfalls auf dem Papier. Für die Betriebe der Region, die auf eine Weiterentwicklung der Infrastruktur hoffen, ist dies jedenfalls ein fatales Signal.“